

## **DRINGLICHKEITSANTRAG**

des **Landtagsklubs FRITZ – Bürgerforum Tirol**

bzw. der Abgeordneten KO Dr. Andrea Haselwanter-Schneider und Dr. Andreas Brugger

betreffend:

**Tirol sozialer machen:**

**Betroffene Menschen und Mitarbeiter der Tiroler Sozialvereine nicht im Stich lassen!**

Die unterfertigten Abgeordneten stellen den

### **DRINGLICHKEITSANTRAG:**

Der Landtag wolle beschließen:

**„Die Landesregierung wird für den Fall, dass es bei den angekündigten Kürzungen des AMS durch den Bund bleibt, beauftragt, mit der Stadt Innsbruck und dem Tiroler Gemeindeverband zu verhandeln, um den Tiroler Sozialvereinen jene Finanzmittel zuzuschießen, die vom AMS gestrichen werden. Ziel ist es, damit die Hilfe und Unterstützung für die betroffenen Menschen in Tirol aufrecht zu erhalten. Bis zur endgültigen Klärung der Zuständigkeiten hat das Land Tirol in Vorleistung zu gehen, damit die wichtigen Beratungseinrichtungen ihre Leistungen weiter anbieten können.“**

Bei Nichtzuerkennung der Dringlichkeit möge der Antrag gem. § 27 Abs 3 GeoLT dem **Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit** sowie dem **Finanzausschuss** zugewiesen werden.

## BEGRÜNDUNG

Mitte Oktober hat das AMS Tirol bekannt gegeben, dass der Bund das Budget des AMS Tirol im kommenden Jahr um bis zu sechs Millionen kürzen will. In Anbetracht der Rekordarbeitslosigkeit in Österreich und Tirol ist es ein fatales Signal, die Mittel für arbeitslose Menschen, die Hilfe und Unterstützung benötigen, zu reduzieren. Von den Einsparungen massiv betroffen sind die Schuldenberatung Tirol und das DOWAS, das Unterstützung bei der Existenzsicherung, der Wohnungssicherung und für Arbeitssuchende etc. anbietet.

Bisher war es in Tirol gängige Praxis, dass das AMS Tirol Beratungseinrichtungen der Wohnungslosenhilfe sowie die Schuldenberatungsstelle gefördert hat. Die Streichung der gesamten Förderung durch das AMS für diese beiden Einrichtungen ist politisch falsch und strikt abzulehnen. Das AMS Tirol hat das DOWAS allein in den letzten sechs Jahren mit knapp 1 Million Euro gefördert, was auch zu einer Entlastung der Budgets von Stadt und Land geführt hat.

Die von den Kürzungen besonders betroffenen Beratungseinrichtungen stehen jetzt vor einer riesigen Finanzierungslücke und müssen eine Lösung zur Weiterfinanzierung finden. In dieser Situation geht es auch um die Frage, ob MitarbeiterInnen weiter beschäftigt werden können oder nicht. Um nicht in finanzielle Schwierigkeiten zu kommen, brauchen die Schuldenberatung Tirol und der Verein DOWAS bis Ende des Jahres klare Finanzierungszusagen. In dieser Situation sind Land Tirol, Stadt Innsbruck und die Tiroler Gemeinden gefordert, die so dringend notwendigen Finanzmittel für die Schwächsten in unserer Gesellschaft zur Verfügung zu stellen und die Tiroler Sozialvereine nicht im Stich zu lassen.

Für den Fall, dass das AMS Tirol – wie angekündigt – die Finanzmittel nicht mehr zur Verfügung stellen wird und diese Entscheidung durch politische Verhandlungen nicht mehr rückgängig zu machen ist, müssen Land, Stadt und Gemeinden notgedrungen in die Bresche springen. Mit gegenseitigen Schuldzuweisungen vom Bund zum Land und umgekehrt ist keinem der betroffenen MitarbeiterInnen und KlientInnen geholfen. Es ist anzunehmen, dass die Verhandlungen zwischen Bund und Land über die Zuständigkeit länger dauern, deshalb wird die Landesregierung aufgefordert, in der Zeit bis zur Klärung der Zuständigkeiten in Vorleistung zu treten.

Sollte der Weiterbestand dieser seit Jahren engagiert arbeitenden Tiroler Sozialvereine nicht mehr gewährleistet werden können, so hätte dies auch katastrophale Auswirkungen auf die soziale Landschaft in Tirol.

In der 166. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol wurde am 31. Oktober 2014 eine Resolution mit dem Titel „*Gegen Kürzung der Tiroler AMS-Mittel - Einsparungen gehen auf Kosten der sozial Schwächsten im Land*“ verabschiedet. Dabei wendet sich die AK-Vollversammlung ebenfalls gegen die Einsparungspläne des Bundes für das AMS in Tirol. In ihrer Resolution fordert die

AK-Vollversammlung die politisch Verantwortlichen auf Bundesebene dazu auf, die Einsparungspläne für das AMS Tirol zu überdenken und zurückzunehmen. Weiters erhebt sie schärfsten Einspruch gegen die Streichung der Förderung für soziale Einrichtungen wie die Schuldenberatung, das DOWAS und BARWO. Außerdem fordert die AK-Vollversammlung den Bund, aber auch das Land Tirol, die Stadt Innsbruck und die Gemeinden auf, sich ihrer Verantwortung zu stellen und ein Aus der Sozialberatung zu verhindern. In ihrer Resolution verweist die AK Vollversammlung auch an eine Resolution dieses Gremiums vom 18.11.2011:

*„Alle Landesressorts und ihre politischen und verwaltungsmäßig Zuständigen müssen-beginnend mit der Budgeterstellung bis hin zu allen anderen weiteren Entscheidungen-stets aus der Sicht und Betroffenheit der finanziell Untersten denken“* (zit. aus: Beschlossene Resolution der 166. Kammervollversammlung vom 31.10.2014).

Die **Dringlichkeit** ergibt sich daraus, dass die Tiroler Sozialeinrichtungen Planbarkeit für ihre budgetäre und personelle Situation brauchen und damit rasch eine finanzielle Zusage benötigen, wer bereit ist, die von Seiten des AMS Tirol gestrichenen Mittel aufzufangen. Weiters ergibt sich die Dringlichkeit aus dem im Dezember-Landtag zu beschließenden Doppelbudget 2015/2016.

Innsbruck, am 06. November 2014